

Energiepaket setzt neue Anreize für energiesparende Renovierungen

Mit einer Überarbeitung der Energieeinsparverordnung (EnEV 2007) hat die Bundesregierung neue Anreize für Immobilienbesitzer und Bauherren geschaffen, zukünftig stärker in energieeffiziente Bau- und Sanierungsprojekte zu investieren. Das Programm, das Mitte 2007 beschlossen wurde und mittlerweile in Kraft getreten ist, besteht aus Fördermaßnahmen, ökonomischen Instrumenten und Veränderungen im Ordnungsrecht.

Wer in Deutschland eine Immobilie neu vermieten oder verkaufen will, braucht zukünftig einen Energieausweis. Dieser dokumentiert, wie hoch der zu erwartende Energieverbrauch der Immobilie sein wird. Damit setzt Deutschland als eines der ersten EU-Mitglieder Teile der europäischen Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (European Building Directive – EPBD; siehe Kasten) um.

Wesentliches Element des Energieausweises ist eine farbige Skala, die anzeigt, ob das Gebäude eine hohe (grün), durchschnittliche (gelb) oder geringe (rot) Energieeffizienz aufweist. Der Energieausweis schafft also mehr Transparenz über den tatsächlichen Energieverbrauch der Immobilie und dadurch auch über die zu erwartenden Heizkosten. Im Falle einer geringen Energieeffizienz muss der Vermieter bzw. Verkäufer damit rechnen, am Markt auch nur eine geringere Miete bzw. einen geringeren Verkaufspreis erzielen zu können. Andererseits wirkt sich eine hohe Energieeffizienz wertsteigernd auf die Immobilie aus. Dies schafft einen wirtschaftlichen Anreiz energiesparende Sanierungs- und Renovierungsarbeiten durchzuführen. Darüber hinaus enthält der Energieausweis auch konkrete, aber unverbindliche Modernisierungshinweise.

Das Muster eines Energieausweises für Wohngebäude finden Sie unter http://energieausweis-fuer-wohngebäude.de/Energieausweis_fuer_Wohngebäude_Musterausweis.pdf

Zwingend vorgeschrieben ist der Energieausweis für Gebäude, die vor 1965 errichtet wurden, bereits ab Mitte 2008, für jüngere Baujahre dann ab Januar 2009 bzw. ab Juli 2009 für Neubauvorhaben. Bei Versäumnis droht ein Bußgeld von bis zu 15.000 Euro.

Editorial

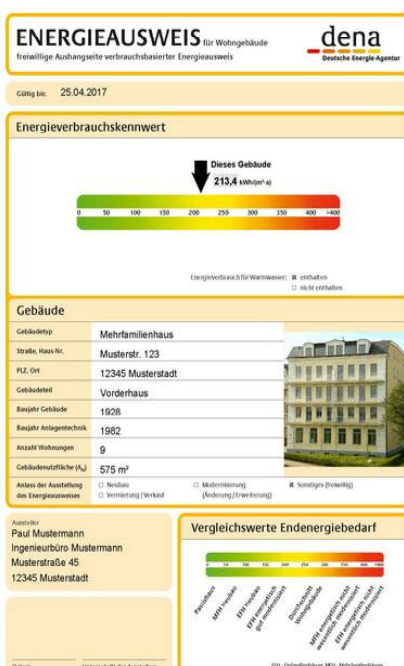
Der deutsche Einzelhandel hat ein schwieriges Jahr hinter sich. Die Mehrwertsteuererhöhung zu Beginn des Jahres sowie steigende Öl- und Lebensmittelpreise im zweiten Halbjahr führten zu einer Stagnation des Konsums. Wie der gesamte Einzelhandel litt die Baumarktbranche unter dem matten Konsumklima. Zudem war der private Wohnungsbau 2007 stark rückläufig. Entsprechend blieben die damit verbundenen Nachfrageeffekte weitgehend aus.

Was das Jahr 2008 bringen wird, ist aus heutiger Sicht nur schwer zu prognostizieren. Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland werden als robust angesehen. So erwartet die Bundesregierung 2008 ein Wirtschaftswachstum von 1,7 Prozent, getragen im Wesentlichen von einer Zunahme des privaten Konsums.

Die Baumarktbranche könnte darüber hinaus noch von einem weiteren Impuls profitieren: Mit Inkrafttreten der überarbeiteten Energiesparverordnung zum 1. Januar 2008 hat die Bundesregierung neue Anreize für eine energiesparende Renovierung geschaffen.

Die erste Ausgabe der Investor News 2008 greift diese Themen auf und stellt Ihnen einige Links zur Verfügung, sollten Sie zusätzliche Informationen benötigen.

Praktiker Bau- und Heimwerkermärkte Holding AG
Am Tannenwald 2
D-66459 Kirkel
Tel.: +49 (0) 68 49 / 95 37 03
Fax: +49 (0) 68 49 / 95 37 09
E-mail: InvestorRelations@praktiker.de
www.praktiker.com



Bald Pflicht für alle Immobilien: der Energieausweis.

Energiesparende Modernisierung wird finanziell unterstützt

Neben dieser ordnungspolitischen Maßnahme sollen vor allem wirtschaftliche Überlegungen den Modernisierungsprozess in Schwung bringen: In Deutschland gibt es rund 17,3 Mio. Wohngebäude, wovon fast $\frac{3}{4}$ vor 1978 erbaut wurden und somit bereits älter als 30 Jahre sind. Die Heiz- und Warmwasserkosten sind bei weitem die größten Posten bei den Wohnnebenkosten. Im Schnitt machen sie nach Angaben des Deutschen Mieterbundes 86 Cent pro Quadratmeter Wohnfläche und Monat aus. Bei einer 80 Quadratmeter großen Wohnung sind das 68,80 Euro im Monat mit steigender Tendenz.

Durch Modernisierung der Heizungsanlage, Erneuerung der Fenster, Wärmedämmung von Außenwänden, Kellerdecken und Dächern lassen sich hier erhebliche Mengen an Energie und damit auch an Nebenkosten einsparen. In vielen Fällen liefert dabei die Wärmedämmung den höchsten Teilbetrag: Schon die Dämmung der Außenwände und des Dachs kann den Energiebedarf um dreißig bis fünfzig Prozent senken.

Das Dämmen einer Kellerdecke im Einfamilienhaus kostet knapp 2.000 Euro und spart aktuell circa 150 Euro Heizkosten im Jahr - bei steigenden Öl- und Gaspreisen noch mehr. Um die dennoch relativ lange Amortisierungszeit zu verkürzen, wurde ein spezielles Förderprogramm des Bundes ins Leben gerufen. Wer ein Haus energetisch saniert, erhält im Rahmen dieses Gebäudesanie-

rungsprogramms entweder einen Zuschuss oder einen zinsverbilligten Kredit. Die Bundesregierung stellt für die energetische Gebäudesanierung über die KfW-Förderbank insgesamt 1,4 Milliarden Euro pro Jahr zur Verfügung. Einzelheiten zu den unterschiedlichen Fördermaßnahmen finden Sie unter http://www.kfw-foerderbank.de/DE/Home/Bauen_Wohnen_Energiesparen/index.jsp

Positive Auswirkungen auf die Baumarktbranche

In welchem Ausmaß die Baumarktbranche von dieser Entwicklung profitieren kann ist schwer abschätzbar. Dass sie davon profitieren wird ist aber so gut wie sicher. Steigende Energiepreise und ein zunehmendes Umweltbewusstsein, die durch den Energieausweis erhöhte Transparenz und die Möglichkeit, finanzielle Unterstützung für die Gebäudesanierung zu erhalten, lassen eine Zunahme von Renovierungsarbeiten erwarten. Das sieht auch der Branchenverband BHB so: „Für die DIY-Branche eröffnet sich hier ein enormes Potenzial. Baumärkte sind eine wichtige Anlaufstelle für Renovierungswillige, die sich mit dem notwendigen Material eindecken wollen.“

Weitere Informationen zum Energie- und Klimapaket der Bundesregierung finden Sie unter http://www.bundesregierung.de/nn_774/Content/DE/Pressemitteilungen/BPA/2007/12/2007-12-05-bundesregierung-beschliesst-energie-und-klimaprogramm.html

EU fordert mehr Transparenz beim Energieverbrauch von Gebäuden

Im Rahmen einer marktorientierten Strategie für Energieeinsparungen im Gebäudereich setzt die Europäische Union auf eine Erhöhung der Markttransparenz. Diese soll einen Impuls für die energieeffiziente Sanierung von Gebäuden geben, und damit helfen die Einsparziele des Kyoto-Protokolls zu erreichen. Die europäische Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (European Building Directive - EPBD) fordert hierfür die Einführung von Energieausweisen in allen europäischen Mitgliedsstaaten. In Deutschland, Dänemark und den Niederlanden wurden Energieausweise bereits eingeführt.

Weiterführende Informationen:

Internetseite der EU-Kommission zur Gebäuderichtlinie: www.buildingsplatform.eu

Konzertierte Aktion der EU-Kommission für alle Mitgliedsstaaten zur Gebäuderichtlinienumsetzung: www.epbd-ca.org

Vorschläge der Europäischen Kommission zur Bekämpfung des Klimawandels und der Förderung erneuerbaren Energien http://ec.europa.eu/commission_barroso/president/focus/energy-package-2008/index_de.htm#key



Das Gartengeschäft: Ein margenstarker Umsatztreiber.

Easy-to-Shop: Roll-out-Plan optimiert

Praktiker hat 2007 insgesamt 61 deutsche Märkte auf das neue Easy-to-Shop-Konzept umgestellt. Gleichmäßig über das Jahr verteilt wurden dabei etwa alle zwei Monate 10 bis 12 Märkte umgebaut. In der Umbauphase, die im Schnitt etwa sechs Wochen dauert, blieben die Märkte geöffnet, der Verkauf ging mit entsprechenden Einschränkungen weiter.

Die Erfahrungen haben gezeigt, dass der Umsatz während des Umbaus meist mit einer niedrigen zweistelligen Rate zurückgeht. Gerade in der Gartensaison wirkt sich

dieser Effekt besonders nachteilig aus, da in dieser Phase die Umsätze traditionell hoch und die Margen überdurchschnittlich gut ausfallen. Ein prozentual gleich hoher Umsatzausfall zeigt daher überdurchschnittlich starke Auswirkungen auf die Rohermargen, wenn er in der Hauptsaison stattfindet. Aus diesem Grund hat das Praktiker-Management entschieden, künftig keine Umstellungen in der Hauptsaison mehr vorzunehmen.

Diese Entscheidung ändert indes nichts an der ursprünglichen Planung bis 2010 etwa 80 Prozent der Praktiker-Märkte unter dem neuen Konzept zu betreiben. Auch die zu erwartenden Umstellungsaufwendungen bleiben unverändert.

Ifo-Geschäftsklimaindex leicht gestiegen, Einzelhandel aber weiter negativ

Der Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft Deutschlands tendiert im Januar leicht nach oben. Im Bauhauptgewerbe hat sich das Geschäftsklima aufgehellt, im Einzelhandel ist der Indikator dagegen erneut gesunken.

Die Geschäftslage im deutschen Einzelhandel wurde so ungünstig bewertet wie seit nahezu zwei Jahren nicht mehr. Dies resultiert aus der Verschlechterung im Non-Food-Bereich, während sich im Nahrungs- und Genussmittelsektor eine Aufwärtstendenz ergab.

Zu den Perspektiven im kommenden halben Jahr äußerten sich die Einzelhändler ebenfalls skeptischer als im Vormonat, wobei auch hier die Meldungen aus dem Non-Food-Bereich ausschlaggebend waren. Die Verkaufspreise wurden weiter angehoben. Für die nächsten Monate deutet sich eine Beschleunigung des Preisanstiegs an, vor allem bei Nahrungs- und Genussmitteln.

Weitere Informationen unter <http://www.cesifo-group.de/portal/page/portal/ifo-Home/a-winfo/d1index/10indexgsk>

Trotz steigender Kaufkraft hat GfK noch kein klares Bild von Verbraucherstimmung in 2008

Im Januar erreichte der Index der Verbraucherstimmung, wie er von der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) erhoben wird, den Wert von 4,5. Das war eine leichte Verbesserung gegenüber dem Wert vom Dezember 2007 (4,4). Für den Februar wird ein ähnlicher Wert prognostiziert. Dabei sind vor allem die Indikatoren für die Konjunkturerwartung und für die Anschaffungsneigung gestiegen. Wegen der erwarteten Zunahme der Verbraucherpreise ist der Indikator für die Einkommenserwartung hingegen gefallen.

Die GfK sieht die Verbraucher „im Wechselbad der Gefühle“. Die Konsumenten sähen auf der einen Seite die Inflationsgefahren noch nicht gebannt. Zudem drohe die anhaltende Finanzmarktkrise mit den stärker werdenden Rezessionsängsten in den USA

Arbeitslosenversicherung sinkt - Krankenversicherungsbeiträge steigen

Zum Jahreswechsel haben mehrere gesetzliche Krankenkassen ihren Beitragsatz erhöht. Der durchschnittliche Satz ist dadurch von 14,7 Prozent auf 15,0 Prozent gestiegen. Davon tragen die Beschäftigten und die Arbeitgeber jeweils die Hälfte. Auf der anderen Seite sinkt der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung von 4,2 Prozent auf 3,3 Prozent. Auch hiervon wird die Hälfte vom Arbeitgeber getragen. Insgesamt resultiert daraus eine geringfügige Entlastung der Sozialversicherungsbeiträge.

Bundesregierung erwartet Erholung des privaten Konsums

In ihrer jüngsten Wirtschaftsprognose für 2008 geht die Bundesregierung 2008 von einem Wirtschaftswachstum von 1,7 Prozent aus. Sie setzt darin in besonderer Weise auf eine Erholung des privaten Konsums. Nach einem leichten Minus 2007 sollte dieser entsprechend der Schätzungen preisbereinigt um 1,1 Prozent anziehen.

Die Zahl der Erwerbstätigen werde weiter um 280.000 zunehmen und bei über 40

auf Deutschland übergreifen. Auf der anderen Seite blieben wesentliche Rahmenbedingungen wie die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt weiterhin günstig. Dieses Bild äußert sich in einer divergierenden Verbraucherstimmung, wie die Indikatoren des Konsumklimas zeigen: Die Erwartung an die konjunkturelle Lage und die Neigung, demnächst wieder größere Anschaffungen zu tätigen, hat sich gegenüber dem Vormonat verbessert, während die Erwartung an das eigene Einkommen wie im Vormonat sank.

Weitere Informationen zum GfK-Konsumklima unter http://www.gfk.com/group/press_information/press_releases/001942/index.de.html

700 Euro mehr zum Leben in 2008

Gemäß einer GfK-Studie zur Kaufkraftentwicklung werden die deutschen Verbraucher im Jahr 2008 durchschnittlich rund 700

Millionen liegen. Gleichzeitig sollen die Bruttolöhne mit voraussichtlich 2,7 Prozent stärker zunehmen als die Verbraucherpreise, bei denen der Jahreswirtschaftsbericht einen Anstieg von deutlich unter 2 Prozent ausweist.

Den Jahreswirtschaftsbericht finden Sie unter <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/jahreswirtschaftsbericht-2008,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf>

Einzelhandelsverband verhalten optimistisch

Auch der Hauptverband des deutschen Einzelhandels (HDE) blickt verhalten optimistisch in die Zukunft. Nachdem 2007 insgesamt wenig erfreulichen Verlaufes sei und vor allem aufgrund des schlechten Weihnachtsgeschäfts die Branche die Umsatzmarke des Vorjahres nicht erreicht habe, erwartet der Verband für 2008 ein nominales Umsatzwachstum von 2 Prozent. Auch preisbereinigt sollte am Ende des Jahres ein Plus von 0,75 Prozent zu Buche schlagen. Gestützt wird diese Erwartung dadurch, dass die Zahl der Beschäftigten in Deutschland weiter steigt, die Inflationsrate moderat bleibt und Lohnabschlüsse oberhalb der Inflationsrate erzielt werden.

Euro mehr Konsumpotenzial haben als im vergangenen Jahr. Die Kaufkraft wachse mit rund 3,8 Prozent deutlich stärker als die Inflation. Somit werden die Deutschen auch real mehr Geld zur Verfügung haben als in diesem Jahr und können höhere Ausgaben beispielsweise für Mieten, Sparrücklagen, Dienstleistungen oder den Konsum im Einzelhandel tätigen.

Die Kaufkraft entwickelt sich in Deutschland seit Jahren kontinuierlich nach oben. Auch wenn hierzulande keine mehrstelligen Wachstumsraten zu erreichen sind, steigt der durchschnittliche Wohlstand konstant auf hohem Niveau. Obgleich es immer noch ein deutliches Ost-West-Gefälle gibt, steigt der Wohlstand auch in den meisten ostdeutschen Regionen stetig an.

Weitere Informationen zum GfK-Kaufkraftstudie unter http://www.gfk.com/group/press_information/press_releases/001885/index.de.html